

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

#/XXV/61

Bonn, den 2. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Zielbewußt und unbeirrbar</u> Ost- und Deutschlandpolitik ohne Illusionen.	45
2	<u>MdB Martin wacht in Außenpolitik</u> Absurde und skurrile Vergleiche eines CDU-Abgeordneten	49
3	<u>Hochschul-Experimente in der Schweiz</u> Übergangsregelungen für weitgesteckte Ziele Von Hermann Battaglia, Bern	45
4	<u>Frankreichs Mittelstand wird unruhig</u> Die 5. Republik im gesellschaftspolitischen Umbruch Von Georg Scheuer, Paris	45

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

SPD-MdB Ellen Leuterbach in Stiftungsrat berufen

Lebenshilfe für Kinder und Jugendliche

Soll es ein künftiges Rehabilitationszentrum im Neckargemünd geben?

Was geschieht, wenn Mutti krank ist?

Noch immer wagen es viele Frauen nicht, sich hinzulegen, weil
die Kosten für eine Hauspflege zu hoch sind

Noch einmal: Augen auf beim "Party"-Kauf

Zielbewußt und unbeirrbar

Ost- und Deutschlandpolitik ohne Illusionen

sp - Einige Zeitungen in der Bundesrepublik haben in den letzten Tagen ihren Lesern einreden wollen, die Bundesregierung stehe mit ihrer Ost- und Deutschlandpolitik "am Ende von Illusionen", die sie sich selbst gemacht habe.

Das ist natürlich Unfug. Die Regierung Brandt/Scheel hat vom ersten Tage ihrer Amtsübernahme an immer wieder erklärt, sie mache sich keine Illusionen über die ungeheueren Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu einer Politik der Entspannung zwischen den beiden Teilen Deutschlands und zwischen der Bundesrepublik sowie den Partnern des Warschauer Paktes liegen. Nachzulesen ist das in allen einschlägigen Regierungserklärungen, die in der Sache und in der Zielsetzung bei zahlreichen Gelegenheiten von den Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen der SPD und der FDP ausdrücklich gebilligt wurden.

- * Nur politische Ignoranten können annehmen, daß die Bundesregierung in einigen Gesprächen das ausräumen würde, was in den vergangenen 20 Jahren zwischen Ost und West in Europa an Mißtrauen, Mißverständnissen und oft genug auch Fehlleistungen aufgestaut wurde. Wer etwas anderes behauptet und wer sogar als Abgeordneter oder Parteiführer heute so tut, als könnte der Weg des Ausgleiches zwischen Ost und West in Europa mit Blitzaktionen bewältigt werden, tut dies wider besseres Wissen und entlarvt sich dadurch als kleiner Demagoge.

Es bleibt dabei: Die Regierung Brandt/Scheel ist entschlossen, den äußersten Versuch zur Überwindung von Spannungen in Europa durch zähes Verhandeln zu machen. Gerade nach dem Treffen in Erfurt ist sie sich der Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit unseres Volkes zu dieser Politik sicher. Alle Meinungsumfragen bestätigen dies. Sie bestätigen aber auch, daß die gleiche Mehrheit genauso illusionslos wie die Bundesregierung selbst diese Versuche beobachtet.

Es kann durchaus sein, - niemand weiß dies vorauszusagen - daß man im Osten Europas ein Verhalten an den Tag legt, das den von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg des Abbaus von Spannungen zunächst nicht gangbar erscheinen läßt. Sollte dies der Fall sein, dann muß jedermann im In- und Ausland wissen, daß ein solches Ergebnis der Bemühungen um den Ausgleich zwischen Ost und West in Europa nicht auf das Verhalten der Bundesregierung zurückzuführen ist.

+ + +

MdB Martin macht in Außenpolitik

Absurde und skurrile Vergleiche eines CDU-Abgeordneten

sp - Die von den Unionsparteien geführte Kritik gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung nimmt immer groteskere Formen an. Auf Vernunft und Sachverstand kann sie sich nicht berufen; sie verläuft sich im Irrationalen. Dr. Martin, von der CDU oft als Sprecher in Bildungsfragen ins Feld geschickt und deshalb auch "Bildungs-Martin" genannt, wagte sich auf das Gebiet der Außenpolitik. Er beschwor die Erinnerung an das Münchner Abkommen herauf und glaubte damit einen Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesregierung um eine Entspannung im innerdeutschen Verhältnis und in Europa ableiten zu können. Seine lapidare Erkenntnis lautet: Wer mit Diktatoren verhandelt, befindet sich in der gleichen Lage, wie Frankreich, England und Italien als es 1938 um das Schicksal des Vielvölkerstaates der Tschechoslowakei ging.

Die Situation von damals ist den Historikern nicht fremd. Das Abkommen von München ist in die Geschichte eingegangen als gelungener Erpressungsversuch einer von kriegerischen Absichten erfüllten europäischen Großmacht, das Deutschland von Adolf Hitler. Die Westmächte verhandelten damals mit dem braunen Diktator im Bewußtsein ihrer militärischen Unterlegenheit und im Bewußtsein einer starken moralischen Position. Sie wollten den Frieden sichern, sie glaubten nicht an einen Krieg, sie hielten ihn für ausgeschlossen. Hitler zerstörte diesen Glauben. Für ihn war die Friedenliebe der Westmächte ein willkommenes Vorwand, mit dem er kurz darauf seine räuberischen Herrschaftspläne in Europa verwirklichen konnte - zum Schaden unseres Volkes und Europas. Die damaligen Westmächte wurden zu Opfern der Beschwichtigungspolitik.

Dieser von Martin zitierte Vergleich ist skurril und absurd. Heute bemühen sich gleichrangige Weltmächte um die Erhaltung eines stets gefährdeten Friedens. Wer ist heute unter den führenden Staatsmännern Europas mit Hitler vergleichbar und wer sind die heutigen "Beschwichtigungsmächte"? Würde Ulbricht, der Chef der SED, kriegerische Absichten haben, dann würden ihn seine Freunde im Kraml daran hindern, sie zu verwirklichen. Wollen die Machthaber der Sowjetunion heute einen Krieg? Sogar ein Adenauer bescheinigte in seinen letzten Lebensjahren der Sowjetunion, sie wäre eine friedliebende Kraft.

Wer Dr. Martins These folgen würde, müßte eine internationale Anarchie akzeptieren. Viele Staaten verhandeln mit Diktaturen, weil sie es von ihrem Interesse aus gesehen für richtig halten, ohne dabei Grundsetzwerte aufzugeben. Dr. Martin vergleicht mit der Zitierung des Münchner Abkommens was nicht vergleichbar ist. Er verkennt den grundlegenden Unterschied zwischen 1938 und heute mit einer völlig anders gearteten Mächtekonstellation. Martins Vergleich ist der Ausdruck völliger Ratlosigkeit. Die CDU, soweit sie sich diesen Vergleich zu eigen macht, begibt sich da auf einen Boden, der ins Schwanken geraten muß, weil er der Wirklichkeit nicht entspricht.

Die von Dr. Martin aufgestellte Behauptung geht davon aus, die Regierung Brandt/Scheel würde sich dem Diktat von Erpressern fügen; dasselbe soll wohl auch für die Vereinigten Staaten gelten, die sich in einem Dialog mit der Sowjetunion befinden. So sieht die Welt im Kopf dieses Bildungspolitikers aus. Seine Unterstellungen grenzen schon an Diffamierung.

Hochschul-Experimente in der Schweiz

Von Hermann Battaglia, Bern

Mit Interesse verfolgte der Rektor einer deutschen Universität die Debatte des schweizerischen Nationalrates über das "Übergangsgesetz" und meinte dann seufzend: "Wenn wir nur auch noch einmal anfangen könnten. Vieles würden wir anders machen - vieles würde dann wohl anders werden".

Die Übergangsregelung war notwendig geworden, weil die Stimmbürger im Sommer 1969 das neue ETH (Eidg. Technische Hochschule)-Gesetz abgelehnt hatten. Zwar war es im Parlament oppositionslos gut geheißen worden. Doch dann setzten die Studenten das Referendum durch und erzwangen eine Volksabstimmung. Mit Recht kritisierten sie, daß das neue Gesetz lediglich die Übernahme der ETH Lausanne - durch den Bund zur ETH Zürich - regle, im übrigen aber das alte geblieben sei. Nun soll ein grundlegend neues Hochschulgesetz geschaffen werden. Dazu braucht es Zeit und Erfahrung. Deshalb wurde dem Parlament eine auf fünf Jahre begrenzte Übergangslösung vorgelegt. Sie regelt nur das Notwendigste und läßt ein weites Feld für Experimente offen. Das definitive Gesetz soll dann auf Grund der in der Experimentierphase gemachten Erfahrungen ausgearbeitet werden.

Hauptankampf der Übergangslösung war das Mitspracherecht der Studenten. Der Bundesrat hatte hier eine zwar recht weitgehende Fassung vorgeschlagen, wollte die Studenten jedoch von der Wahl der Dozenten ausschließen. Ihre Teilnahme an der Professorenauswahl könnte zu Indiskretionen führen, was zahlreiche mögliche Bewerber abschrecken würde. Aus der Reihe des Parlaments wurde ferner mit der mangelnden Reife der Studenten gegen das volle Mitspracherecht gekämpft.

Die Befürworter einer möglichst weitgehenden Mitsprache der Studenten wiesen darauf hin, daß Dozentenwahlen auch ohne Studenten voller Intrigen sein können und daß die Hochschüler keine Kinder mehr sind. Ihre Reife hätten sie dadurch unter Beweis gestellt, daß sie das neue Hochschulgesetz auf demokratische Art und nicht mit Streiks und Krawallen bekämpft hätten. Die Studenten, welche von sich aus auf das Mitbestimmungsrecht verzichtet hätten, verdienten Vertrauen. Wenn man schon experimentieren wolle, so dürfe nicht eines der wichtigsten Probleme von Anfang an ausgeklammert werden.

Doch die konservativen Elemente im Nationalrat siegten. Gegen die beinahe geschlossene SP-Fraktion, unterstützt von Zuzüglern aus fast allen Lagern, wurde den Studenten das volle Mitspracherecht verweigert. Worauf diese verneinen ließen, sie respektierten zwar diesen Entscheid, würden aber aufmerksam darüber wachen, daß das ihnen Versprochene peinlichst genau eingehalten werde. Im übrigen gelte es für viele von ihnen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Sicher braucht die Auseinandersetzung um das Mitspracherecht nicht dramatisiert zu werden. Allein der Mut zum Experiment ist etwas Lobenswertes. Und die Übergangslösung eröffnet auch so nach zahlreichen Möglichkeiten zu Versuchen.

+ + +

Frankreichs Mittelstand wird unruhig

Die 5. Republik im gesellschaftspolitischen Umbruch

Von Georg Scheuer, Paris

Nicht die industriellen Arbeitnehmer bereiten im Frühjahr 1970 der Regierung Chaban-Delmas die größte Sorge, sondern die Mittelschichten, die eigentliche Basis der gaullistisch-konservativen Koalition in Paris. Wohl gibt es weiterhin Streikbewegungen, doch sind die wichtigsten Großbetriebe aber durch Reformen wie die Einführung des Monatslohnes in den Renaultwerken und demnächst auch bei Peugeot, weitgehend zufriedengestellt. Die Mittelschichten hingegen fühlen sich wirtschaftlich bedrängt und bedroht.

Eine Million Klein Händler und 850.000 Handwerker in Frankreich fühlen sich zum Untergang verurteilt, und daraus entwickelt sich derzeit eine Art Mittelstandsrevolte mit Steuerstreik, Straßensperren und Versteckspielen "Partisanenkrieg".

Zum Unterschied von der Agrarbevölkerung, deren Zahl durch zielbewusste staatliche Maßnahmen radikal eingeschränkt wird, sieht sich ein Großteil des französischen Mittelstandes einem langsameren Zermürbungsprozeß ausgesetzt. Eine strenge Steuergesetzgebung lastet seit längerer Zeit auf dem Kleinhandel. Supermärkte - fünfzig wurden allein 1969 in ganz Frankreich errichtet - geben den Ausschlag. Das große Sterben der kleinen "fonds de commerce" hat begonnen.

Die Kleinbürgerrevolte in Frankreich geht parallel mit dem latenten Bauernaufstand, der seit einigen Jahren in West-, Süd- und Mittelfrankreich zu verzeichnen ist. Die Methoden gleichen sich. Wurden die Barrikaden auf Autobahnen von französischen Landwirten sozusagen "erfunden", schütteten sie Berge von unverkäuflichem Gemüse und Obst auf die Straßen in entlegenen Provinzen, so haben jetzt die Kaufleute und Klein Händler mit Autokolonnen quer durch Frankreich bis nach Paris hinein demonstriert.

Indirekt hat der Mai 1968 zu dieser Entwicklung beigetragen. Studenten und junge Arbeiter gaben das Beispiel der teilweise vom Anarchismus inspirierten "direkten Aktion" und erschütterten damit die 5. Republik; längst fällige Reformen in Großbetrieben und Hochschulen wurden so erzwungen.

Während Arbeitnehmer und Studenten aber zu neuen Gesellschaftsformen streben, klammern sich Klein Händler und Kleinbürger in Frankreich an traditionelle Produktions- und Verteilungsformen. Die Wege verlaufen also teilweise in entgegengesetzten Richtungen. So blieben Frankreichs Landwirte und Kleingewerbetreibende während der Arbeiter- und Studentenbewegung ruhig. Ebenso denken die Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und der Studenten nicht an eine bedingungslose Unterstützung der Mittelstandsrevolte. Die unzufriedenen Schichten marschieren getrennt.

Lange war Frankreich hinter der Entwicklung seiner industrialisierten Nachbarländer zurückgeblieben. Mit der EWG schlägt auch im klassischen Land des Kleinbürgertums die Stunde des 20. Jahrhunderts; spät und deshalb umso härter für die Mittelschichten, die noch in überalterten Strukturen leben.